Der Steinarbeiter

ORGAN des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.

„Der Steinarbeiter" erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. **Abonnementspreis** durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband einzeln 90 Pfg., von zwei Nummern ab 60 Pfg.
„Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Geschäftsstelle und Expedition:
Leipzig
Große Fleischergasse 14, I.

Anzeigen: An Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. für die gespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet. Dieselben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher geleistete Bezahlung angenommen.

Nr. 39. **Sonnabend, den 24. September 1904.** **8. Jahrgang.**

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Geyer im Erzgebirge. Im Granitbruch von Kupfer in Ehrenfriedersdorf ist ein Kollege wegen seiner Verbandsmitgliedschaft entlassen worden; weiteren vier Mitgliedern ist gekündigt. Leider sind im genannten Betriebe noch acht Unorganisierte. Zuzug ist fernzuhalten.

Stettin. Nach der hiesigen Grabower Kunststeinfabrik Comet ist Zuzug streng fernzuhalten.

Stettin. Am Neubau der Hakenterrasse, welchen eine Breslauer Firma ausführt, sind 6 Versetzsteinmetzen mit dem Polier wegen willkürlicher Festsetzung der Arbeitspausen in Differenzen geraten und sofort entlassen worden, dies den Reisenden zur Kenntnis.

Danzig. Fünf Kollegen bei der Firma Dreiling sind gemaßregelt. Der Unternehmer verlangt, aus dem Verband zu treten. Das ist die Koalitionsfreiheit der Arbeiter.

Greifswald. Zuzug fernhalten. Die Kollegen, welche im Frühjahr eine Lohnverbesserung durchsetzten, werden jetzt an die Luft gesetzt.

Gotha. Zuzug nach dem Granitwerk ist fernzuhalten.

Mühlhausen i. Th. Die Firma Drößler hat den am Orte gültigen Tarifvertrag nicht unterzeichnet. Die organisierten Kollegen legten die Arbeit nieder.

Frankfurt a. O. Zuzug fernhalten.

Kappelrodeck (Bad. Schwarzwald). Im Betriebe von K. Kinderle, Bruch Waldulm, machten sämtliche Kollegen Feierabend wegen Lohndifferenzen. Betreffende Firma sucht von auswärts Arbeiter heranzuziehen. Alle reisenden event. ankommenden Kollegen mögen sich um Auskunft an den Vorsitzenden, Angelo Martinetti, wenden.

Posta. Kollegen! Der Kampf dauert in die 8. Woche und noch ist kein Ende abzusehen. Die Unternehmer erhoffen von der Nähe des Quartals und der Fälligkeit der Miete, daß wir zu den alten Bedingungen uns wieder unter das Joch beugen.

Kollegen! Macht diese Hoffnung der Unternehmer zu Schanden. Ihr könnt es, wenn Ihr die Streikleitung in die Lage versetzt, den Streikenden am Quartale außer der statutenmäßigen Unterstützung einen Zuschuß zur Miete auszahlen zu können. Helft deshalb Euren kämpfenden Arbeitsbrüdern, beweist Eure so oft gezeigte Opferwilligkeit auch Euren eigenen Kollegen gegenüber, wie Ihr es in weitgehendster Weise den Ausgesperrten in Schweden gegenüber bewiesen habt.

Etwaige Geldsendungen, welche man uns zugedacht, hat, sende man direkt an Ernst Hamann, Copitz b. Pirna, Lohmer Straße 14.

Eine Arbeiterschule.

Mit der Entwicklung Deutschlands vom Agrarstaat zum Industriestaat ist die Frage der Arbeiterbildung immer mehr in den Vordergrund gedrängt worden. Der Analphabet auf der Viehtrift, der ungebildete Ackerknecht, der mit mehr oder weniger primitiven Gerätschaften das Land bestellt, der mit herzlich geringem Wissen ausgestattete Feldarbeiter und Tagelöhner — sie waren ungeeignet für die Bedienung von Maschinen, nicht zu gebrauchen für hundert und tausend derjenigen Arbeiten der Industrie, die eine höhere Intelligenz erfordern. Deshalb galt es, in demselben Maße, in dem die Entwicklung der industriellen Produktion ein verschärftes Auffassungsvermögen, eine gesteigerte Denkfähigkeit und eine entwickeltere Kombinationsgabe bei dem Arbeiter zur Bedingung und Voraussetzung machte, für eine bessere Schulbildung der Arbeiterklasse Sorge zu tragen. Die fortschrittliche Schulpolitik der liberalen Bourgeoisie in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts empfing aus diesen Erwägungen ihren Antrieb; der Schulzwang, für den das mit dem ländlichen Proletariat arbeitende Junkertum begreiflicherweise niemals sympathische Empfindungen gehegt hat, ist ein Produkt jener Periode. Der bürgerliche Fabrikanten- und Industriemagnaten-Liberalismus ging aber in seinem Bildungseifer nur soweit, als er direkt materiellen Nutzen von ihm hatte. Die ganze Schul- und Bildungspolitik war ihm lediglich Mittel zum Zweck.

Mit dem Erwachen und Erstarken der modernen Arbeiterbewegung begann für die Bildungspflege der werteschaffenden Klassen eine neue Aera. Die geistige Hebung des Proletariats wurde jetzt als Selbstzweck erstrebt; die Forderung des vierten Standes nach höherer geistiger Kultur gründete sich nicht mehr auf kapitalistisch-realpolitische Erwägungen, sondern auf das „Recht der voll sein wollenden Persönlichkeit". Die zum Klassenbewußtsein erwachte Arbeiterschaft erhob Anspruch auf alle Güter der Kultur, ideeller wie materieller Art — natürlich zum großen Mißbehagen der Besitzenden, und zwar sowohl der des konservativen Feudalismus, wie der liberalen Bourgeoisie. War es möglich: die Arbeiter, die rußigen, schmutzigen Plebejer wollten gebildete Leute sein! Sie verlangten Zutritt zu den Tempelschätzen des Wissens und der gesamten geistigen Kultur, deren Genuß bisher ein Vorrecht der Auserwählten gewesen war! Sie erkühnten sich, das Bildungsmonopol zu durchbrechen, das seit Olims Zeiten zu den wertvollsten Besitztümern der „zur Herrschaft bestimmten" Stände gehört hatte! Welch unerhörte Anmaßung! Dem mußte mit Tatkraft und rücksichtsloser Energie entgegengetreten werden.

Und nun wetterten in den Parlamenten die Sippen der Zitzewitze und Itzenplitze gegen die „überhitzten Kessel der modernen Bildungswut"; die reaktionäre Presse wehklagte über das „gotteslästerliche Teufelswerk der Bildung", und „das radikale Volksverderben", das von den Lehrern ausgehe; aus den Kanzleien der Schulbehörden wurden die Lehrer angewiesen, gegen die „geistige Vergiftung des deutschen Volks durch die realistische Influenza" anzukämpfen, und von den Kanzeln und Altären herab pries man über das Schellendaus „das Paradies der wissenschaftlichen Unschuld". Mit Kirche und Bureaukratie vereinigte sich zum holden Dreibunde der Volksverdummung die Polizei, die durch rigorose Anwendung der zur Beschränkung der Vereins- und Versammlungsfreiheit erlassenen Gesetze, durch Saalabtreiberei, Gesinnungsschnüffelei, Theaterzensur und zahllose andre Machenschaften der Aufklärung Einhalt zu gebieten suchte. Und bis heute, bis auf diesen Tag und diese Stunde, überwacht die herrschende Klasse alles, was Aufklärung und Bildung heißt, mit Argusaugen und Dunkelmännergroll.

Die Arbeiterschaft läßt sich durch diesen Bildungshaß von ihrem Streben jedoch nicht zurückschrecken. Seit Jahrzehnten arbeitet sie mit Eifer und wachsendem Erfolge an dem Werke der Aufklärung, die Lücken ausfüllend und die Mängel ergänzend, die unser jämmerlicher offizieller Volksschulunterricht in der Bildung der überwiegenden Mehrheit des Volks gelassen hat. In letzter Zeit ist sogar ein Projekt aufgetaucht, das eine seither noch nicht vorhanden gewesene großzügige systematische Organisation eines wichtigen — vielleicht des wichtigsten — Zweiges wissenschaftlicher Bildungsarbeit innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung herbeigeführt wissen will. Es handelt sich dabei um das Projekt einer Arbeiterschule der freien Gewerkschaften Deutschlands.

Dem Arbeiter von heute, der daran geht — sei es auf eigne Faust, sei es unter sachverständiger Anleitung —, seine wissenschaftliche Bildung zu erweitern und zu vertiefen, stellt sich neben andern Hemmnissen vor allem das eine entgegen: die mangelhafte Beherrschung der deutschen Muttersprache. Viel erwünschter und zunächst auch viel notwendiger als geschichtliche, natur- oder volkswirtschaftliche, philosophische oder sonstwelche Kenntnisse wäre ihm die Fähigkeit, richtig deutsch lesen, schreiben oder sprechen zu können. Nicht allein, daß er der deutschen Sprache, besonders im schriftlichen Verkehr, fast tagtäglich zu praktischem Gebrauche bedarf — ihre genaue Kenntnis ist auch unerläßliche Vorbedingung für jede fruchtbare wissenschaftliche Arbeit. Wenn es irgend möglich ist, wird sich also der bildungseifrige Arbeiter, ehe er sich an schwierige gelehrte Studien heranmacht, Gelegenheit zu gründlicher Erlernung der deutschen Sprache verschaffen. Er wird Privatunterricht nehmen, sich eine Grammatik kaufen oder sich mit andern zu Unterrichtskursen vereinigen. Aber, siehe da, sehr bald kühlt sich seine Lernbegierde auffällig ab. Er verliert mehr und mehr die Lust; die Arbeit, an die er freudig herantrat, wird ihm zur Qual; die Unterrichtsstunden langweilen ihn; er sieht, daß er eine Enttäuschung erlebt; die Früchte seines Fleißes und seiner Arbeit sind von deprimierender Dürftigkeit. Und über kurz oder lang ist Jungherr Scholarius über Bord.

Das ist ungefähr das Bild, das in vielfacher Wiederholung unsere landläufigen Unterrichtskurse und Arbeiterbildungsvereine gewähren. Zu Anfang vierzig, fünfzig, sechzig Teilnehmer, nach ein paar Wochen nur noch zwanzig, dann zehn, fünf und zuletzt . . ach, das ist ein beschämendes und ärgerliches Bild.

Doch als Sozialisten sind wir gewöhnt, keine Wirkung hinzunehmen, ohne die Ursache untersucht zu haben. Was ist nun hier, bei dieser Fahnenflucht der Lernbegierigen, die Ursache? Genosse Rühle-Harburg, ein ehemaliger Lehrer, der der Arbeiterbildungssache seit Jahren das lebhafteste Interesse zuwendet, antwortet auf die Frage: Die Methode. Dieselbe öde und langweilige Methode des Drillens und Paukens, Auswendiglernens und Hersagens, mechanisch-verstandesmäßigen Aneignens und Wiedergebens, die auch unsern Schulunterricht so qualvoll und unfruchtbar gestaltet — so unfruchtbar, daß nach achtjährigem Schulbesuche unsre Kinder kaum imstande sind, in der Handhabung der deutschen Sprache den einfachsten Anforderungen zu genügen.

Wenn schon für die Kinder, so noch mehr für die Erwachsenen muß im Deutschunterricht eine andre, zweckmäßigere Methode zur Anwendung gelangen. Genosse Rühle meint: Man muß deutsche Sprache den Arbeiter lehren in allerengster und intimster Anlehnung an seine privaten, beruflichen, gewerkschaftlichen und sozialen Lebensverhältnisse. Indem der Arbeiter deutsche Sprache erlernt, muß er zugleich angeleitet werden, sie praktisch anzuwenden in all den Formen und Möglichkeiten, die sich aus seinen ganzen Verhältnissen für ihn ergeben. Das Beispiels- und Uebungsmaterial, das die theoretische Unterweisung notwendigerweise ergänzen muß, hat also zu bestehen aus Rechnungen, Korrespondenzen beruflicher, geschäftlicher, privater oder sonstiger Art, Eingaben, Formularen, Fragebogen, Protokollen, Berichten, Zeitungsnotizen, Inseraten, Petitionen usw. usw. Alles, was der in der Arbeiterbewegung stehende Arbeiter an Schreibwerk im allgemeinen zu erledigen hat, ist als Uebung und Prüfstein im Rahmen des deutschsprachlichen Lehrgangs nach Möglichkeit zu verwenden; ja mehr noch: Das gesamte Lebensmilieu des Arbeiters soll in dem Deutsch-Unterricht seine Spiegelung finden. Dadurch würde das Interesse des Arbeiters geweckt und lebendig gehalten, dadurch würde der Todfeind aller Bildungsarbeit, die Langeweile, verscheucht, und der Lernende hätte aus dem ganzen Kursus, den er durchmacht — indem er das Deutsche theoretisch und in praktischer Anwendung erlernt —, einen doppelten Gewinn.

Genosse Rühle schlägt nun vor, es möge sich aus gewerkschaftlichen Körperschaften (Kartellen, Zahlstellen usw.) eine Vereinigung bilden, die durch genossenschaftliches Zusammenwirken (für je 100 Mitglieder soll ein einmaliger Betrag von 6 Mk. gezahlt werden) die Mittel aufbrächte, um die Begründung einer Arbeiterschule zu ermöglichen. Wären zunächst 50 000 Arbeiter gewonnen, die sich bereit erklärten, die bezeichnete finanzielle Unterstützung zu gewähren, so würde die Begründung der Schule möglich sein. Die Arbeiterschule hätte sodann ein Unterrichtswerk für deutsche Sprache, nach den oben dargelegten methodischen Gesichtspunkten bearbeitet, herauszugeben und — um eine gründliche Einführung der lernenden Arbeiterschaft in den Inhalt dieses Unterrichtswerks zu ermöglichen — eine Anzahl Wanderlehrer anzustellen. Wären nun an einem Orte oder in einer Gewerkschaft 50—60 Genossen vorhanden, die auf Grund des in etwa 20 Lieferungen erscheinenden Unterrichtswerks zu gleicher Zeit einen Kursus durchmachen wollten, so würde ihnen ein Wanderlehrer gestellt. Dieser hätte in ca. 10 Wochen, bei wöchentlich zweimal zwei Stunden Unterricht, den Inhalt der Lehrhefte in methodischer Unterrichtserteilung so zu behandeln, daß für das Verständnis des Inhalts der Hefte die erforderliche Grundlage geschaffen würde. Der Lehrplan wäre so einzurichten, daß an jedem Abende der Inhalt je eines Heftes durchgesprochen, durchgearbeitet und durch schriftliche, namentlich aber durch mündliche Uebungen dem Verständnis des einzelnen Lernenden so nahe gebracht würde, daß selbst Minderbegabte durch den direkten Verkehr mit dem Lehrer, durch die beständige Gelegenheit, sich in Zweifelsfällen durch Fragen zu orientieren, und vor allem durch die jedem Pädagogen bekannten anregenden und fördernden Wirkungen des Massenlernens eine überaus wertvolle Anleitung für das richtige Erfassen und Verarbeiten des behandelten

Lehrstoffs erhielten. Sollten zwei Abende in der Woche nicht ausreichen, so könnte bei Bedarf ein dritter Abend hinzugefügt werden; außerdem hätte der Lehrer von Woche zu Woche Uebungsaufgaben nach vorangegangener gründlicher Vorbereitung anfertigen zu lassen und zu korrigieren. Auf diese Weise könnte — bei insgesamt 40 Stunden fleißiger Arbeit — ein guter Unterbau geschaffen werden, der genügen würde, um dem Lernenden späterhin ein erfolgreiches Weiterarbeiten zu garantieren. Für jeden Unterrichtsabend hätte jeder Lernende den Betrag von 50 Pfg. zu entrichten; dafür erhielte er als Gegenleistung: Zwei Stunden Unterricht, ein Lehrheft, Uebungshefte nach Bedarf und die Korrektur der anzufertigenden schriftlichen Arbeiten — sicher eine gewaltige Aufwendung für einen verhältnismäßig geringen Betrag! Mit zehn Wochen wäre der Kursus abgeschlossen, der Lehrer würde nach einem andern Orte dirigiert, die Teilnehmer behielten die Lehrhefte in ihren Händen zurück und hätten obendrein die Vergünstigung — falls sie von den Resultaten des Kursus nicht befriedigt wären — an jedem weiteren Kursus unentgeltlich teilnehmen zu können. Aus den von den Teilnehmern zu zahlenden Beträgen (pro Kursus 20 × 50 Pfg. = 10 Mk.) würde — wie detaillierte Berechnungen ergeben — der ganze erforderliche Apparat (Leiter, Lehrkräfte, Druckkosten, Expedition, Reisen, Porto usw.) erhalten werden können. Wenn nur zwei bis drei Prozent der organisierten Arbeiterschaft von dem Bildungsinstitut Gebrauch machten, würde es glänzend bestehen können. Mit der Zunahme der Beteiligung würde natürlich auch seine Leistungsfähigkeit sich steigern.

Es war vorauszusehen, daß das Projekt des Genossen Rühle in der Arbeiterschaft großer Sympathie begegnen würde. In der Tat haben sich innerhalb weniger Wochen zirka 80 000 organisierte Genossen freudig bereit erklärt, das ihrige zum Zustandekommen des Unternehmens beizutragen. Durch die sympathische Aufnahme des vom Genossen Rühle propagierten Gedankens ist die Begründung der Arbeiterschule in greifbare Nähe gerückt. Hoffentlich findet das Unternehmen, das zu segensreicher Arbeit bestimmt ist und — richtig geleitet — berufen sein kann, in der deutschen Arbeiterbewegung eine hohe Kulturmission zu erfüllen, auch fernerhin tatkräftige Unterstützung, so daß es sich — zu unser aller Stolz und Freude — zu herrlicher Blüte entwickeln kann.

Die Streiks im Jahre 1903.

II.

Angriffsstreiks wurden im Jahre 1903 603 = 47 Prozent aller Streiks geführt. Beteiligt waren 53 763 Personen, darunter 2841 weibliche. Die Kosten für diese Streiks betrugen 2 539 698 Mk. Für 42 656 an den Streiks Beteiligten ist der Verlust der Arbeitszeit mit 865 870 Tagen festgestellt, von denen auf die weiblichen Beteiligten 60 430 Tage entfallen. Diese Streikenden hatten einen Verlust an Arbeitsverdienst von 3 778 041 Mk. Von den Streiks waren 281 = 46,6 Proz. erfolgreich, 154 = 25,5 Prozent teilweise erfolgreich und 148 = 24,5 Prozent erfolglos. 6 Streiks waren am 1. Januar 1904 noch nicht beendet.

Von 1890—1903 waren insgesamt 3720 = 49,7 Prozent aller Streiks Angriffsstreiks. Beteiligt waren hieran 507 847 Personen. Die Ausgabe betrug 14 539 700 Mk. Erfolgreich waren 1736 = 46,6 Prozent, teilweise erfolgreich waren 1037 = 28 Prozent und erfolglos waren 725 = 19,5 Prozent. Der Ausgang der Streiks war im Jahre 1903 annähernd der gleiche wie im Durchschnitt der Jahre 1890—1903.

Abwehrstreiks und Aussperrungen brachte das Jahr 1903 679 = 53 Prozent aller Streiks. Beteiligt waren hieran 67 830 Personen, darunter 9869 weibliche. Für 46 308 dieser Beteiligten ist der Verlust an Arbeitszeit mit 1 756 422 Tagen und der Verlust an Arbeitsverdienst mit 3 897 896 Mk. festgestellt. Auf die weiblichen Beteiligten entfallen 613 673 Arbeitstage. Die Kosten der Abwehrstreiks und Aussperrungen betrugen 2 541 286 Mk. und sind somit annähernd gleich hoch wie die für Angriffsstreiks. Von den Streiks und Aussperrungen waren 342 = 50,4 Prozent erfolgreich, 85 = 12,5 Prozent teilweise erfolgreich und 211 = 31,1 Prozent erfolglos. 15 Streiks und 30 Aussperrungen waren am 1. Januar 1904 noch nicht beendet, doch sind in der Statistik 26 Aussperrungen als abgeschlossen geführt, weil sie in den ersten Tagen des Jahres 1904 endeten.

Der Prozentsatz der erfolgreichen Abwehrstreiks war im Jahre 1903 höher als der der erfolgreichen Angriffsstreiks, ein Beweis dafür, wie wenig berechtigt das Vorgehen der Unternehmer gegen die Arbeiter war. In den Jahren 1890—1903 wurden 3755 Abwehrstreiks und Aussperrungen = 50,3 Proz. aller Kämpfe den Gewerkschaften aufgezwungen. Beteiligt waren 238 725 Personen, die Kosten beliefen sich auf 8 960 523 Mk. Erfolgreich waren 1585 = 42,2 Prozent, teilweise erfolgreich, 575 = 15,3 Prozent und erfolglos 1277 = 34 Prozent der Abwehrstreiks und Aussperrungen. 1903 war der Prozentsatz der erfolgreichen Abwehrkämpfe weit höher als im Durchschnitt von 1890—1903.

Die Aussperrungen besonders darzustellen dürfte zweckmäßig sein, weil das Unternehmertum in ständig wachsendem Maße zu diesem Mittel greift, um damit die Gewerkschaften niederzuwerfen. Bisher hat dieses Mittel versagt und es wird, dessen sind wir gewiß, auch ferner unwirksam sein. Die Wunden, welche das Unternehmertum aus diesen Kämpfen davonträgt, sind viel tiefer und bedürfen viel längerer Zeit zur Heilung als die Wunden, welche der Arbeiterorganisation mit dieser vermeintlich wirksamen Waffe beigebracht werden. Wir können dem schließlichen Ausgang dieses Kampfes ruhig entgegen sehen. Mag auch die Arbeiterschaft in den einzelnen Phasen dieses Ringens den Kürzeren ziehen, das Ende wird zweifellos nicht ein Obsiegen des Unternehmertums bringen. Die Unternehmer werden durch die Aussperrungstaktik nichts andres erweisen als ihre Gemeinschädlichkeit und damit erfreulicherweise die Aufklärungsarbeit über die Ueberflüssigkeit dieser Leute im Produktionsprozeß fördern. Mögen auch die Opfer schwer sein, die die Arbeiterschaft in diesem Kampfe zu bringen hat, so sind sie doch nicht umsonst gebracht. Sie tragen vielmehr wesentlich dazu bei, daß das Ziel der Arbeiterklasse, die Beseitigung der privatkapitalistischen Ausbeutung der Arbeitskraft sicher und schneller erreicht wird. Auf die Dauer kann eine Gesellschaftsorganisation dieses Spiel mit der Arbeitskraft und der Wohlfahrt hunderttausender Arbeitstätiger nicht ertragen, und zur Besserung gibt es nur ein Mittel: die Umgestaltung der Produktionsweise. Wir haben also keinerlei Ursache, über die Taktik des Unternehmertums zu klagen, denn diese wird schließlich der Arbeiterschaft zum besten dienen.

Was aber aus der Statistik an Beweismaterial für dieses gemeinschädliche Treiben der Unternehmerorganisation geboten wird, darf nicht unbenutzt vergraben bleiben und deswegen erscheint es geboten, die Aussperrungen in der Statistik besonders zu behandeln. Dies kann aber nur vom Jahre 1900 ab geschehen, weil bis dahin die Aussperrungen in der Statistik nicht angegeben, sondern als Abwehrstreiks gezählt sind. Wie schon eingangs bemerkt, wurden über die Arbeiter im Jahre 1903 82 Aussperrungen, wovon 4 Maiaussperrungen, verhängt. Betroffen wurden davon 45 763 Personen, der Verlust an Arbeitszeit betrug für 32 036 Ausgesperrte 1 512 771 Tage. Ausgesperrt wurden auch 7825 Arbeiterinnen, auf die 580 040 Tage Arbeitzeitverlust entfallen. Die Kosten der Aussperrungen beliefen sich auf 1 798 801 Mk., worin die Ausgabe für die Aussperrungen der Maurer nicht enthalten ist. Diese Ausgabe ist in der für Abwehrstreiks mitberechnet. Von den Aussperrungen endeten 32 = 39 Prozent erfolgreich für die Arbeiter, 13 = 15,8 Prozent teilweise erfolgreich und 24 = 29,3 Prozent erfolglos. In den letzten vier Jahren wurden die Arbeiter in 219 Fällen, davon 20 Fälle wegen Feiern des 1. Mai, ausgesperrt. Ueber die Maiaussperrungen wird von den Gewerkschaften nur ganz ausnahmsweise für die Statistik berichtet, weil die Sache in den meisten Fällen ohne Inanspruchnahme der Zentralverwaltung ihre Erledigung findet. Die in der Statistik angeführte Zahl der Maiaussperrungen erreichte nicht annähernd die Zahl der tatsächlich am 1. Mai erfolgten Aussperrungen.

Eine besondere Lehre gibt die Streikstatistik der Arbeiterschaft bei dem Vergleich des Erfolgs, der für die einzelnen Gruppen der Streiks erzielt worden ist. Ein Studium der folgenden Tabellen dürfte zur Mahnung an die Arbeiterschaft führen, bei bestimmten Differenzen mit der Arbeitseinstellung zurückhaltend zu sein.

Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der Beteiligten	Vollen Erfolg				Teilweis Erfolg			
			Streiks		Beteiligte		Streiks		Beteiligte	
			Zahl	Proz.	Zahl	Proz.	Zahl	Proz.	Zahl	Proz.
Angriffstreiks.										
1900	514	86 786	237	46,1	27 356	31,5	161	31,3	33 088	38,1
1901	291	22 761	109	37,4	6 487	28,5	92	31,6	7 241	31,8
1902	289	32 659	117	42,4	8 014	24,5	71	25,7	17 556	53,7
1903	603	53 763	281	46,6	17 042	50,3	154	25,5	22 379	41,6
Sa.	1697	195961	744	43,8	58 899	30,1	487	28,2	80 264	40,9
Abwehrstreiks.										
1900	292	14 295	122	41,7	4670	32,7	43	14,7	1350	9,6
1901	401	17 301	149	37,1	4886	28,2	70	17,5	4618	26,6
1902	516	16 263	225	43,6	6412	39,4	76	14,7	3835	23,6
1903	597	22 067	310	51,8	9929	45,0	73	12,2	2485	11,3
Sa.	1806	69 926	806	44,6	25 897	37,0	262	14,5	12 288	17,5
Verkürzung der Arbeitszeit.										
1900	16	4 118	11	68,7	1 291	31,1	2	12,5	25	0,6
1901	5	188	3	60,0	72	38,2	1	20,0	44	23,4
1902	1	6	1	100,0	6	100,0	—	—	—	—
1903	35	1 241	7	53,8	55	4,4	2	15,4	85	6,8
Sa.	35	5 553	22	63,1	1 424	25,6	5	14,3	154	2,7
Lohnerhöhung.										
1900	204	31 081	95	46,6	13 568	43,7	64	31,4	10 784	34,7
1901	127	11 323	55	43,3	4 127	36,4	34	26,7	3 705	32,7
1902	185	17 899	87	48,9	6 023	33,6	41	23,0	6 700	37,4
1903	323	27 918	163	50,4	7 347	26,3	85	26,3	14 264	51,1
Sa.	839	88 221	400	47,7	31 065	35,2	224	26,7	35 453	40,2
Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung.										
1900	240	49 250	104	43,3	11 169	22,7	88	36,6	21 827	44,3
1901	108	6 316	37	34,3	1 815	28,7	51	47,2	3 254	51,5
1902	60	13 587	17	28,3	1 476	10,8	26	43,4	10 492	77,2
1903	209	22 584	85	40,9	8 596	38,0	57	27,2	7 597	33,6
Sa.	617	91 737	243	39,3	23 056	25,1	222	35,9	43 170	47,0
Austritt aus der Organisation.										
1900	15	891	3	20,0	222	24,9	2	13,3	95	10,6
1901	15	1 230	1	6,7	18	1,4	2	13,3	865	69,6
1902	4	135	2	50,0	47	13,3	—	—	—	—
1903	8	433	—	—	—	—	—	—	—	—
Sa.	42	2 689	5	11,9	287	10,7	4	9,5	955	35,5
Maßregelung.										
1900	78	6 048	29	37,2	1 079	17,8	11	14,1	378	6,2
1901	60	2 813	20	33,3	827	29,4	10	16,7	792	28,1
1902	79	2 283	35	46,0	1 489	53,7	6	8,0	322	11,4
1903	124	3 060	56	45,1	1 396	45,6	10	8,0	295	9,6
Sa.	341	14 204	140	41,0	4 791	34,0	37	10,9	1787	12,6
Lohnreduzierung.										
1900	122	4 098	56	46,0	1 776	43,3	19	15,6	495	12,1
1901	213	8 533	80	37,6	2 220	26,0	46	21,6	2283	26,8
1902	277	7 676	124	47,3	3 207	41,8	50	19,1	1 907	24,8
1903	294	9 276	164	56,0	5 768	62,2	43	14,6	909	9,8
Sa.	906	29 583	424	46,8	12 971	43,8	158	17,4	5 594	18,9
Verlängerung der Arbeitszeit.										
1900	11	402	7	63,6	153	38,0	—	—	—	—
1901	19	1 235	9	47,3	683	55,3	2	10,5	112	9,0
1902	22	973	5	22,7	108	11,0	7	31,8	686	70,5
1903	21	784	13	61,9	976	87,5	—	—	—	—
Sa.	73	3 394	34	46,6	1 920	56,6	9	12,8	798	23,5
Nichtinnehaltung der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen.										
1900	18	802	8	44,4	237	29,6	2	11,1	94	11,1
1901	21	764	10	47,7	169	22,1	3	14,3	200	26,2
1902	46	1 821	28	66,7	789	43,3	7	16,6	822	45,1
1903	74	4 973	40	54,1	993	20,0	14	18,9	1 123	22,6
Sa.	159	8 360	86	47,8	2 188	26,2	26	16,3	2 239	26,8

In den letzten vier Jahren war voller Erfolg in Prozenten der Streiks und der Beteiligten für die einzelnen Gruppen der Streiks in dieser Weise zu verzeichnen:

	Erfolg in Prozenten für Streiks	Beteiligte
Angriffstreiks	43,8	30,1
Verkürzung der Arbeitszeit	63,1	25,6
Lohnerhöhung	47,7	35,2
Verkürzung der Arbeitszeit u. Lohnerhöhung	39,3	25,1
Abwehrstreiks	44,6	37,0
Austritt aus der Organisation	11,9	10,7
Maßregelung	41,0	34,0
Lohnreduzierung	46,8	43,8
Verlängerung der Arbeitszeit	46,6	56,6
Nichteinhaltung der abgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen	47,8	26,2

Den geringsten Erfolg hatten somit die Streiks wegen Austritt aus der Organisation und wegen Maßreglung. Dies dürfte die Arbeiterschaft veranlassen, in solchen Fällen stets sehr eingehend zu prüfen, ob die Arbeitseinstellung zweckmäßig ist, oder ob nicht der Gewaltakt der Unternehmer in andrer Weise unwirksam gemacht werden kann.

Ueber die persönlichen Verhältnisse der an den Streiks und Aussperrungen Beteiligten ist zu bemerken, daß von diesen 42 602 männliche und 3 437 weibliche verheiratet waren, die 97 427 Kinder zu ernähren hatten. Es sind also, trotz amtlicher Statistik, keine unreifen Elemente, von denen die Streiks geführt werden.

Beigelegt wurden die Differenzen in 458 Fällen direkt zwischen den unmittelbar beteiligten Arbeitern und Unternehmern, in 152 Fällen durch Vermittlung der Lokalverwaltung der Organisierten, in 218 Fällen durch Vermittlung des Zentralvorstands, in 47 Fällen durch Vermittlung dritter Personen und in 55 Fällen vor dem Gewerbegericht. Bemerkenswert ist noch, daß bei den Kämpfen insgesamt 1698 Mal von den Arbeitern Verhandlungen anzuknüpfen versucht wurde und daß die Unternehmer die Verhandlungen 811 Mal rundweg ablehnten. Ein Beweis für die geringe Friedensliebe vieler Unternehmer.

Die gesamten Kosten für die Streiks und Aussperrungen beliefen sich im Jahre 1903 auf 5 080 984 Mk. Davon kamen 4 511 621 Mk. = 88,8 Prozent aus Mitteln der beteiligten Organisationen, 131 559 Mk. durch freiwillige Beiträge der Mitglieder, 61 471 Mk. durch Beiträge andrer Gewerkschaften, 336 799 Mk. durch Sammlungen und 40 348 Mk. vom Auslande. In den Jahren 1890—1903 verursachten die Streiks und Aussperrungen eine Ausgabe von 24 173 064 Mk., wovon 70 Prozent aus den Kassen der Organisationen kamen. Vom Auslande wurden insgesamt 387 834 Mk. an Unterstützungsgeldern gesandt. Die Ausgaben für die einzelnen Jahre zeigt die folgende Tabelle:

Jahr	Gesamtkosten der Streiks Mk.	Davon kamen: aus der Kasse der im Streik befindlichen Organisation. Mk.	Prozent der Gesamtausgabe	aus dem Auslande Mk.
1890/91 . .	2 094 922	1 215 025	58,0	126 125
1892 . . .	84 638	29 271	34,0	4 610
1893 . . .	172 001	64 123	37,0	3 133
1894 . . .	354 297	85 341	24,0	2 464
1895 . . .	424 231	204 970	48,0	2 994
1896 . . .	3 042 950	724 603	24,0	84 648
1897 . . .	1 257 298	775 361	62,0	1 949
1898 . . .	1 345 302	1 051 074	78,0	3 132
1899 . . .	2 627 119	2 016 157	77,0	7 079
1900 . . .	2 936 030	2 487 853	84,0	5 800
1901 . . .	2 515 888	1 734 491	68,9	103 306
1902 . . .	2 237 504	2 041 181	91,2	2 246
1903 . . .	5 080 984	4 511 621	88.8	40 348
	24 173 064	16 941 071	70,0	387 834

Der Prozentsatz der Ausgaben, der aus der Verbandskasse kam, war im Jahre 1903 geringer als im Vorjahre. Es ist dies durch die Unterstützungen, die für die größeren Aussperrungen gesammelt wurden, herbeigeführt.

Gewaltige Opfer wurden in wenigen Jahren von der Arbeiterschaft im Kampfe um ein menschenwürdiges Dasein gebracht. Gegenwärtig zeigt sich das Unternehmertum rücksichtsloser denn je. Der im allgemeinen günstige Ausgang des wirtschaftlichen Kampfes im letzten Jahre wird aber das Selbstvertrauen der Arbeiterschaft stärken und diese zu erhöhter Tatkraft anspornen, so daß sie auch dem erneuten Ansturm der Unternehmerorganisationen gewachsen sein wird.

C. Legien.

Internationale Gewerkschaftskongresse.

Im Monat August fanden eine große Anzahl von internationalen Gewerkschaftskongressen statt, zumeist in Verbindung mit dem internationalen Sozialistenkongreß in Amsterdam, so die Tagungen der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Verkehrsarbeiter, Handlungsgehilfen, Zigarrenarbeiter. Außerdem tagten in der ersten Augustwoche eine internationale Schneiderkonferenz in Dresden und in der zweiten Augustwoche ein internationaler Bergarbeiterkongreß in Paris.

Der letztere Kongreß war der wichtigste; auf ihm waren aus folgenden Ländern Delegierte erschienen: Großbritannien 45 Delegierte, die 549 500 Bergarbeiter vertraten, darunter die Sonderorganisation von Durham und Northumberland (Gegnerin des gesetzlichen Achtstundentags) mit 3 Delegierten für 90 000, Deutschland 13 Delegierte für 580 000, Nordamerika 2 Delegierte für 500 000, Frankreich 7 Delegierte für 190 000, Belgien 9 Delegierte für 130 000, Oesterreich 1 Delegierter für 120 000; zusammen 77 Delegierte, die 2 069 500 Bergarbeiter vertraten. Es wurde auf diesem Kongreß votiert für den gesetzlichen Achtstundentag für alle Grubenarbeiter unter und über Tage, Ein- und Ausfahrt einbegriffen; für ein gesetzliches Lohnminimum. „Jede vertretene Nation möge das möglichste tun, um auf gesetzlichem oder anderem Wege ein zu einer bequemen Lebensweise hinreichendes Lohnminimum zu erlangen." Ferner für gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Wurmkrankheit, Verbesserung der Bergwerksinspektion, Lohnkontrolle durch die Organisation, Verstaatlichung der Bergwerke, für eine „zum Leben hinreichende Alterspension". Der Antrag der Deutschen auf Schaffung eines ständigen internationalen Sekretariats wurde in Rücksicht auf die Entscheidung der nationalen Kongresse bis zum nächsten internationalen Kongreß zurückgestellt.

An der internationalen Schneiderkonferenz nahmen teil die klassenbewußten Schneiderorganisationen aus Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Dänemark, Antwerpen und der Schweiz. Trotz der ungünstigen Resultate der internationalen Vereinigung bleibt das internationale Sekretariat bestehen. Die Mitgliedsbücher der angeschlossenen Organisationen sollen durch einen Stempel kenntlich gemacht werden. Um eine Einheitlichkeit im Unterstützungswesen herbeizuführen, soll diesbezügliches Material gesammelt und diese Materie in der Presse geklärt werden.

Der Sitz des Sekretariats bleibt in Deutschland und als Sekretär Stühmer-Berlin.

Der vierte internationale Metallarbeiterkongreß, 12. bis 14. August in Amsterdam, war beschickt von den größeren klassenbewußten Organisationen aus England, Deutschland, Schweden, Oesterreich, Frankreich, Belgien, Holland, Ungarn, Norwegen und Dänemark durch 32 Delegierte, die 420 000 organisierte Metallarbeiter vertraten. Es wurde die Gründung eines internationalen Metallarbeiterbundes beschlossen mit einem Jahresbeitrag von 40 Pfg. pro Mitglied, doch wurde der Beitrag für 1905 in Rücksicht auf die Engländer auf 20 Pfg. pro Mitglied ermäßigt. Der Sitz des internationalen Sekretärs wurde von England nach Deutschland verlegt und Schlicke-Stuttgart zum Sekretär gewählt. Bis 1. August 1905 beschränkt derselbe seine Tätigkeit auf den Kontinent, von da an stellt das jetzt bestehende englische Sekretariat seine Tätigkeit ein.

Der vierte internationale Transportarbeiterkongreß (10. bis 13. August in Amsterdam), auf dem 200 000 organisierte Transportarbeiter aus Deutschland, Oesterreich, England, Schweden, Holland, Belgien, Italien, Frankreich und Portugal durch 19 Delegierte vertreten waren, verlegte den Sitz des internationalen Sekretariats ebenfalls von England nach Deutschland. Der Beitrag wurde auf 3 Pfg. pro Jahr für die Eisenbahner, auf 6 Pfg. für die übrigen Kategorien festgesetzt. Sonst wurden nur spezielle Berufsfragen behandelt.

Vom internationalen Handlungsgehilfenkongreß (17. August in Amsterdam) besucht von Holland, Deutschland, Oesterreich und Italien, ist nur bemerkenswert, daß ein

internationales Auskunftsbureau mit dem Sitz in Deutschland (Josephson-Hamburg) errichtet wurde.

Zu dem sechsten internationalen Tabakarbeiterkongreß (23. bis 27. August in Amsterdam) waren aus Belgien, Deutschland, England, Dänemark, Holland und Luxemburg Delegierte erschienen; insgesamt waren 30 000 organisierte Arbeiter vertreten, davon allein 18 500 von Deutschland. Es wurde ein „Internationaler Verband der Tabakarbeiter" gegründet mit einem Jahresbeitrag von 10 Pfg. pro Mitglied, der über die Lage der Tabakarbeiter aller Länder Material sammeln und veröffentlichen, für Herbeiführung von Gegenseitigkeitsverträgen zwischen den Organisationen der verschiedenen Länder und für gegenseitige moralische und materielle Unterstützung bei Streiks sorgen soll. Sonst wurden Beschlüsse von Wichtigkeit nicht gefaßt.

Wir sind selbstverständlich erfreut darüber, daß unsere Gewerkschaftsbewegung auf allen diesen Kongressen so große Anerkennung gefunden hat, daß ihr die Leitung der bedeutenderen internationalen Sekretariate übertragen wurde; möchten aber davor warnen, sich deshalb gar zu große Hoffnungen für die Zukunft zu machen. Der beste Wille der deutschen Gewerkschaften und ihr noch so guter Geist reichen nicht dazu aus, eine internationale Bewegung großen Stils hervorzurufen, wenn in den andern Ländern die Vorbedingungen dafür fehlen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Kollegen werden gebeten, von ihren gültigen Lohn- und Arbeitsverträgen (Tarife) einige Exemplare einsenden zu wollen. Es werden von uns immer welche verlangt und wir können aus Mangel an solchen den Forderungen nicht entsprechen.

* * *

Die Ortskassierer werden hiermit nochmals auf den Satz im Statut § 5 hingewiesen. Die Auszahlung geschieht von 2 zu 2 Tagen, darf aber nur am Fälligkeitstage ausgezahlt werden.

Auf alte Reisekarten ist keine Unterstützung mehr zu zahlen, nur wer im Besitze einer roten Reisekarte ist, ist berechtigt, Reiseunterstützung zu beziehen. Dieses den Kassierern zur Beachtung.

Die Reiseunterstützung, welche nach dem 1. September noch auf alte Reisekarten erhoben worden ist, muß auf die neue Reisekarte von den Ortskassierern resp. Vertrauensleuten übertragen werden.

* * *

Mit der Nr. 37 des Steinarbeiter sind die Quartalsabrechnungen versandt worden, diejenigen Ortskassierer, welche noch keine erhalten haben, mögen sich melden.

Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Versammlungsberichte sogenannte Oktavbögen (ca. 15 × 23 cm) zu verwenden, Berichte sogen. mit Tinte und nur auf einer Seite zu schreiben.

Geismar. Am 4. September tagte im Eichsfelder Hof eine gutbesuchte Versammlung. Im 1. Punkt wurde den Kollegen der Leitfaden mitgeteilt. Im 2. Punkt wurde an Stelle des ersten Vorsitzenden J. Sittig Kollege A. Grose, als Kassierer J. Sittig, als Revisor Kollege Weihmann gewählt. Im Verschiedenen wurde gesprochen über eine Unterstützungskasse. Sämtliche Kollegen meinten, es wäre besser, wenn wir einer andern Kasse noch beitreten könnten, weil unsre Ortskrankenkasse zu gering für uns ist. Zum Schluß dankt der Vorsitzende den Kollegen für den zahlreichen Besuch der heutigen Versammlung und hofft, daß die nächste Versammlung wieder gut besucht wird. Alle Sendungen sind an Joseph Sittig zu richten.

Karlsruhe. Mancher innerhalb unsres Verbands führt große Worte im Munde, stellt sich als den reinsten Musterknaben dar und in Wirklichkeit ist es ein Individuum, das darauf ausgeht, die Organisation zu schröpfen. So befand sich hier unter uns ein solches Musterexemplar von Organisationsvernichter, er heißt Johann Schneider, geb. zu Pappenburg am 22. August 1860, Buch Nr. 17 368. Nachdem dieser saubere Auchkollege der Lokalkasse eine schöne Summe abgeknöpft hatte, spielte er Polier. Hintennach stellte sich heraus, daß Schneider Zwischenunternehmer war und seine Steinmetzen aufs schmählichste hinterging. Die Beschäftigten drückten ein Auge zu, wenn auf dem Arbeitsplatze nicht alles in Ordnung war. Nun stellte sich heraus, welche Manipulationen Schneider, unser ehemaliger Wortführer, denn eigentlich vollführte. Schneider gilt als aus dem Verband ausgeschlossen.

Kassel. Am Sonntag, den 11. d. M., fand in Elgershausen eine Distriktsversammlung der Steinarbeiter von Kassel und Umgegend statt, welche gut besucht war. Zuerst machte Kollege Hansmann den Kollegen die Notwendigkeit eines Tarifs klar. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, im kommenden Frühjahr in eine Lohnbewegung einzutreten. Die Kommission, welche den Tarif ausarbeiten soll, wird in den nächsten Ortsversammlungen gewählt. Hierauf wurden die Mißstände auf den hiesigen Plätzen und Bauten besprochen, und kam man zu der Ansicht, daß fast nirgends die Bundesratsverordnung eingehalten wird. Die Beschwerden, welche bis jetzt beim Gewerbeinspektor und bei der Polizei geführt wurden, waren erfolglos, trotzdem die Zustände schauderhaft sind und im Tage- oder Stundenlohn mit nur einigen Ausnahmen 10 Stunden gearbeitet wird. Es wurde daher den Kollegen ans Herz gelegt, darauf zu drängen, daß die Bundesratsverordnung besser als bisher durchgeführt wird. Alsdann hielt noch der Genosse Floge einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: Beruht die wirtschaftliche Ueberlegenheit des Unternehmers auf seiner Intelligenz oder seinem Geldbeutel? Redner machte den Kollegen klar, daß in den letzten 30 Jahren die Arbeiterbewegung so weit vorgeschritten sei, daß die vielen Tausend Arbeiter, welche in den gewerkschaftlichen Verbänden organisiert sind, ganz andrer Meinung sind wie jener Dr. Ehrenberg, welcher glaubt, daß der Arbeiter nur Handarbeiter ist, der Unternehmer dafür aber Kopfarbeit verrichten muß. Diese unsinnige Behauptung widerlegte er an der Hand einiger Beispiele sehr gut, indem er besonders den Fall Krupp hervorhob. Dieser Krupp, welcher der Klügste auch nicht war, müßte also nach Dr. Ehrenberg genau so viel Intelligenz besitzen als die vielen Tausend Arbeiter, welche er beschäftigt. Wie abhängig die besitzende Klasse von dem Arbeiter ist, ersehe man daraus, daß die Kapitalisten, falls sämtliche Arbeiter die Arbeit liegen ließen, trotz ihrer riesigen Kopfarbeit und Intelligenz, welche sie nach Dr. Ehrenberg besitzen, auf ihrem Geldsack verhungern müßten. Zum Schluß seines Referats ermahnte er die Kollegen, der Organisation alle Kräfte zu widmen und die jetzt noch überaus stark vertretenen indifferenten Kollegen heranzubilden, damit wir alsbald durch eine starke Organisation die Vorteile erringen, welche wir uns zum Ziele gesteckt haben. Zuletzt forderte Kollege Hansmann noch die Kollegen zum Eintritt in die politische Organisation auf.

Kiefersfelden. Hier wurde am 9. September ½8 Uhr abends eine öffentliche Steinarbeiterversammlung abgehalten, in welcher die Maßreglung von vier Kollegen auf das heftigste kritisiert und folgende Resolution einstimmig angenommen wurde: „Die heute im Saale des Hotels König Otto von Griechenland versammelten Steinarbeiter erklären sich mit den vom Unternehmer gemaßregelten vier Kollegen unter allen Umständen solidarisch. Sie erblicken in der stattgefundenen Kündigung gegen die vier Kollegen einen Verstoß des Unternehmers gegen ihr gesetzlich gewährleistetes Koalitionsrecht und verpflichten sich, mit aller Energie Front zu machen." Genosse Winsberger aus München drückte seine Freude darüber aus, daß die Steinarbeiter von Kiefersfelden so fest und treu zusammenhalten und in den drei vertretenen Nationen nicht der mindeste Nationalhaß zu erkennen ist. Redner schilderte sodann die verschiedenen Mißstände der Fabrik, wie Weiberarbeit, Nichtausbildung der Lehrlinge, grobe, ja zuweilen tätliche Beleidigungen gegen jüngere Kollegen, überlange Arbeitszeit in unserm schweren, gefährlichen und ungesunden Beruf, sowie das wilde Akkordsystem. Redner regte zur Tarifausarbeitung an, befürwortet eine Verkürzung der Arbeitszeit und bemerkte, früher nichts zu unternehmen, bis nicht der Gauleiter, welcher von der Zentrale unterwiesen ist, uns mit Rat und Tat zur Seite steht. Hierauf wurde die Versammlung unter lebhaften Beifall- und Hochrufen auf die Organisation geschlossen.

Kirchheim bei Würzburg. Am 6. September fand hier eine sehr gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Beschlossen wurde, in nächster Zeit eine Gaukonferenz abzuhalten, hauptsächlich betreffs Wahl eines Gauleiters, damit unser Gau nicht immer so mutterlos dasteht, denn gerade hier im Muschelkalksteingebiet ist es notwendig, daß in der Agitation die nötigen Schritte getan werden. Natürlich müßte aber ein Gauleiter für seine Mühe auch richtig besoldet werden, denn er hat viel Zeitversäumnis und ist einer Maßreglung öfter ausgesetzt. Gerade die hiesigen Verhältnisse, wo ein ganz wilder Akkord herrscht, zwingen uns, daß wir energisch zugreifen, um uns feste Preise zu verschaffen, damit die Zahlung nicht eine so willkürliche ist. Man ist bereits bei jedem Stück gezwungen zu reklamieren, wodurch man sich beim Unternehmer unlieb macht und bei Gelegenheit durch eine billigere Arbeitskraft ersetzt wird. Ganz besonders zeigt sich hier Herr Baumeister Borst, der seine Leute jetzt direkt mit Lohnabzug beglücken will, indem er sagte, wer um den Preis, den er festsetzt, nicht mehr arbeiten will, der kann gehen, dann braucht er keinen Steinmetzen mehr. Vielleicht macht er's selbst? Dort gibt es nämlich recht harte Steine, wofür bisher Härtezulage bezahlt wurde, die er jetzt entziehen will. Er glaubt es nämlich nicht mehr, daß die Steine blau sind; vielleicht ist der Meister auf einmal farbenblind geworden. Oder hat ihn sein Kollege Herr ..... von Heidingsfeld so weit gebracht, indem er sagte, B. müsse sein Geld zum Wegwerfen haben, weil er so viel bezahle. Nun, diesem Herrn wäre zu raten, er möchte selbst in Kirchheim arbeiten und die Lebensweise der dortigen Arbeiter betrachten, welche täglich schon um 4 Uhr morgens an die Bahn laufen müssen, um rechtzeitig im Geschäft zu erscheinen, indem viele in Heidingsfeld und Würzburg wohnen, da in Kirchheim nicht genügend Schlafstellen vorhanden sind. Dann würde er zur Einsicht kommen, daß den dortigen Arbeitern nichts geschenkt wird. Auch ist es in diesem Jahre schon vorgekommen, daß die Kollegen, welche bei Borst beschäftigt sind, Feierabend machten und bei Schilling eingestellt wurden. Hierauf kam Meister B. gelaufen und erhob bei Schilling Einwand, man sollte ihm seine Leute nicht wegnehmen, worauf die Kollegen nicht anfangen konnten und wieder zu B zurückkehrten. Wenn es aber die Kollegen unter dem jetzigen Druck nicht mehr aushalten können und an der Einstellung auf einem andern Platz wieder verhindert werden, so wird die Sache ein böses Nachspiel haben. Es ist Aussicht vorhanden, daß die Unternehmer den Vertrag, welchen sie im vorigen Jahr abgeschlossen haben, auch auf unser Gebiet ausdehnen wollen, aber da wird ihnen ein energisches Halt entgegengerufen werden. Derselbe ist hauptsächlich in Randersacker gültig und zwingt die Leute, bei einem Meister zu bleiben, da sie in diesem Gebiet von keinem andern eingestellt werden, auf bestimmte Zeit aber nur, denn sie sind doch froh, wenn sie wiederkommen. Dort werden die Kollegen mit Strafe gezwungen zur Arbeit. Vor kurzem wurden Kollegen drei Tage eingesperrt wegen Blaumachens, was ja von uns selbst nicht gebilligt wird, aber die Herren gaben zu erkennen, wie weh es ihnen tut, wenn sie den Arbeiter nicht jeden Tag ausbeuten können. Da fehlt nur noch die russische Knute, dann hätten sie ihr Ziel erreicht. Fragen wir uns, was treibt die Herren zu einem solchen Vorgehen? Es ist der Unfug, welchen sie bei den Submissionen machen, dadurch sehen sie sich genötigt, Sklaven zu erhalten. Es macht sich auch bemerkbar, daß uns die Meister einen Tarif aufzwingen wollen, natürlich zu ihren Gunsten. Wir wollen aber entgegenkommend sein und uns selbst einen Tarif ausarbeiten, aber einen wirklichen, nicht wie es die Herren meinen, nur einen gewissen Preis für den Kubikmeter. Von der Bundesratsverordnung ist auf den meisten Plätzen keine Ahnung, nur auf Platz Schilling kann man damit zufrieden sein. Darum Kollegen, im Maingebiet hauptsächlich, tretet ein in unsern Verband, damit wir diesem brutalen Vorgehen einiger Meister energisch Widerstand leisten können, damit auch wir in Unterfranken, wo die Wuchterei stark zuhause ist, ein menschenwürdiges Dasein erreichen.

Nürnberg. Am 3. September fand hier eine schwach besuchte Steinarbeiterversammlung statt. 1. Punkt: Wahl eines Obmanns zur Agitationskommission. Dieselbe mußte bis zur nächsten Versammlung verschoben werden. 2. Punkt: Bericht von der Bauarbeiterschutzkommission. Bei diesem Punkt ist besonders zu bemerken, daß am 14. September d. J. im Sächsischen Hof eine große öffentliche Bauarbeiterversammlung stattfinden wird, in welcher ein städtischer Ingenieur über die Bauarbeiterschutzbestimmungen sprechen wird. 3. Punkt: Verschiedenes. Betreffs Ausschließens des Kollegen Groh ist noch nichts Nachweisbares eingelaufen. Kollege Engelhard vom Maurerverband schreibt uns, wenn seine Berichtigung im Steinarbeiter nicht veröffentlicht wird, er sich an eine andre Stelle wendet. Ferner verlangt er die Beweise über die ihm gemachten Vorwürfe; diese werden ihm brieflich zugesandt. Eine lebhafte Debatte entspann sich über die mit ihren Beiträgen zu arg in Rückstand gekommenen Kollegen, besonders D. und S. Es wurde von Kollegen angeführt, daß es am besten wäre, den Beschluß zu fassen wie die Münchner Kollegen. Bei der heutigen Versammlung war auch der Kollege Krämer anwesend, welcher uns die Neuigkeit brachte, daß wir zurzeit ohne Gauleiter sind, was uns noch unbekannt war. Er stellte sogleich die Frage, wie wir uns stellen betreffs Wahl eines neuen Gauleiters. Er meinte, daß es am besten wäre, für diese drei Gaue einen besoldeten Gauleiter anzustellen. Diese Frage mußte nun auch bis zur nächsten Versammlung verschoben werden.

Offenburg. Am 12. September fand hier im Gasthaus zum Anker eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, die gut besucht war. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils erhielt Gauleiter Kollege Pühler aus Straßburg, der unsrer jungen Zahlstelle besondere Aufmerksamkeit schenkt, das Wort zu einem Vortrag über Zweck der Gaukonferenz und Agitation. Der Redner gab uns in seinen Ausführungen ein klares, deutliches Bild über die Verhältnisse und den Stand der Organisation im 11. Gaubezirk, wofür ihm reicher Beifall gezollt wurde. Zur Gaukonferenz, die am 25. Setember d. J. stattfindet, wurden die Kollegen K. Pfeffer und P. Wolfstädter als Delegierte gewählt.

Ein Kollege Franz Hirholzer aus Zell-Weierbach b. Offenburg wurde aus unsrer Zahlstelle ausgeschlossen, weil er seinen Verpflichtungen gegenüber dem Verband nicht nachgekommen ist und zudem noch unsern Klassenstandpunkt aufs gröblichste verletzt hat. Die auswärtigen Kollegen können sich Notiz davon nehmen.

Stettin. Am Sonntag, den 4. September, fand im Lokal bei Löfewitz eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Zur Wiederaufnahme meldeten sich zwei Kollegen, wovon jedoch nur einer aufgenommen werden konnte, da der andre sich weigerte, seinen Verpflichtungen laut Statut nachzukommen. Dann wurden die Arbeitsverhältnisse in den Werkstellen der Steinmetzmeister Stettins besprochen. Arbeitsbuden sowie Frühstücksbuden und die ganze Verordnung des Bundesrats ist in Stettin ganz unbekannt. Infolgedessen wurde von den Kollegen beschlossen, die Gewerbeinspektion hiervon zu benachrichtigen, damit diese die gesundheitsschädlichen Werkstellen kontrolliert. Auch die Arbeitsverhältnisse der Grabower Kunststeinfabrik wurden wieder ausführlich besprochen. — Nach Stettin kommen immer sehr viel Kollegen zugereist, trotzdem sind die Arbeitsbedingungen recht schlecht. Die Kollegen schreiben an die verschiedenen Firmen, ohne sich im geringsten zu erkundigen und zu vergewissern, wie es mit dem Verdienst und der Arbeitszeit steht. Den Meistern schwillt der Kamm und sie haben immer Arbeitskräfte zu den für sie günstigsten Bedingungen.

Achtung Steinarbeiter des 14. Gaues.

In der letzten Nummer des Steinarbeiters wurde bereits das Abhalten einer Gaukonferenz bekannt gegeben. Man kann über den Wert solcher Konferenzen geteilter Meinung sein, weil sehr häufig Beschlüsse da gefaßt werden, an deren Durchführung es dann gewöhnlich mangelt, aber das steht wohl fest für jeden Kollegen, der die Verhältnisse im 14. Gau kennt, daß hier eine Konferenz zur gegenseitigen Aussprache höchst notwendig ist, denn es sind Fragen von großer Wichtigkeit, die erledigt werden müssen, wenn wir vorwärts und nicht rückwärts kommen wollen. Es ist deshalb auch unbedingt notwendig, daß sämtliche Zahlstellen unseres Gaues durch Delegierte vertreten sind, ebenso notwendig ist es aber auch, daß wir die unorganisierten Kollegen dazu bewegen, die Konferenz zu besuchen, damit wir Fühlung mit den uns noch fernstehenden Orten bekommen. Es werden deshalb sämtliche Kollegen unseres Gaues aufgefordert, durch rege Agitation unter den indifferenten Kollegen zu einem guten Besuch dieser Konferenz beizutragen. Die Kosten für die Delegation hat jede Zahlstelle selbst zu tragen.

Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Bericht der Delegierten.
2. Wahl eines Gauleiters, eventuell Anschluß an den nächsten Gau.
3. Agitation.
4. Bundesratsverordnung.
5. Verschiedenes.

Anbei möchte ich gleich bemerken, daß die Kosten zu einer regen Agitation nicht allein von der Zentrale getragen werden können, so daß also in Zukunft die einzelnen Zahlstellen ihr Teil beitragen müssen, wenn es vorwärts gehen soll. Zu dieser Frage mögen die Zahlstellen ebenfalls Stellung nehmen, damit man sich dann leichter einigt.

Mit kollegialem Gruß Der Einberufer.

Die Konferenz findet nicht am 19., wie in der vorigen Nummer angegeben ist, sondern den 9. Oktober statt.

Zur Förderung der Organisation.

In Nr. 35 und 37 unserer Fachzeitung schrieben die Kollegen Maus-Bremen und Wittmann-Essen je einen Artikel, in welchen die Lokalfrage behandelt wurde. Wir in den ländlichen Distrikten haben unter der Lokalfrage sehr zu leiden, denn bekanntlich ist ohne Lokal keine Einigung und auch kein Zusammenhalt unter den Kollegen zu erzielen, das hat die Erfahrung schon oft gezeigt. Ich will nun auf unsere Lage hier in Osterwald näher eingehen. Wie bekannt, ist Osterwald eine ältere und starke Zahlstelle, geht aber anstatt vorwärts, von Quartal zu Quartal zurück. Was ist schuld daran? Weil kein Lokal weit und breit mehr zu bekommen ist, und wenn einmal eine Versammlung sein muß, so müssen wir 3—4 Stunden zurücklegen, bis wir ein Lokal antreffen. Was ist da für ein Besuch zu erwarten? Die Antwort gibt sich schon ein jeder selbst; da kann man sich nicht wundern, wenn der Vorsitzende mit 6—7 Mann da ist. Die Lokale in der Nähe wurden uns alle durch die Behörde abgetrieben. Deshalb kamen wir schon im Laufe des Sommers auf den Plan, uns ein eignes Lokal zu erbauen, aber hierzu gehört Geld! Nun möchte ich wünschen, den Vorschlag des Kollegen Wittmann mal bei uns hier zu akzeptieren. Wir haben schon alles soweit fertig, es fehlt nur noch an Geld. Es ist der Bauplatz da, die Zeichnung ist fertig. Der Bau ist veranschlagt auf 16 000 Mk. Es kommen nun hier noch mehrere Gewerkschaften in Frage, so z. B. die Glasarbeiter, die Maurer, die Zimmerleute. Würde nun eine Probe gemacht, so bin ich der festen Ueberzeugung, daß sich das Gewerkschaftshaus gut und sicher rentieren wird und wir anstatt rückwärts vorwärts schreiten würden. Würden durch Sammlungen auf Listen 3000 Mk. aufgebracht, die Glasarbeiter beteiligten sich in gleicher Summe, die Maurer vielleicht mit 1000 Mark, die Zimmerer mit 500 und zuletzt die Partei mit 1500 Mk., so hätten wir eine Summe von 9000 Mk. Nehmen wir den Rest von 7000 Mk. auf Anleihe zu vier Prozent, so hätten wir das Jahr 280 Mk. Zinsen zu zahlen. Diese kleine Summe würde durch die Miete der Wohnungen gedeckt und wir wären aus unserer traurigen Lage gerettet.

Osterwalde. Karl Lücke.

Straßburger Steinmetzen, die Augen auf!

Es scheint, daß die Krisis, die schon lange Zeit sehr empfindlich infolge der immer wiederkehrenden Arbeitslosigkeit die Steinarbeiter in ihrer Lebenslage beeinflußt, etwas schwinden will. Freilich, was die Lohnverhältnisse anbetrifft, so sind dieselben miserabel zu nennen. Die Statistik, die veröffentlicht wurde, zeigt dieses. Wenn auch Steinarbeiter vorhanden sind, die, wollen wir mal sagen, einen einigermaßen annehmbaren Lohn verdienen, so sind dies doch nur, im Verhältnis zu den hier beschäftigten, sehr wenige. Der größte Teil, man darf gut vier Fünftel ansetzen, wird abgespeist, daß viele ungelernte Arbeiter, Handlanger usw. keine große Lust haben dürften, mit zur Tafel zu sitzen. Und wie wird oder muß vielmehr dabei gewuchtet werden, um in der Rubrik der „braven Arbeiter" zu glänzen. Es gibt solche, die lange vor Beginn der eigentlichen Arbeitszeit ihre Plätze reinigen, Wasser herbeiholen, Geschirr zurichten usw., um beim ersten Glockenschlag, der ertönt, den Knüpfel mechanisch schallen zu lassen. Ja, es gibt sogar welche, die, um das Umgehen des zu bearbeitenden Werkstückes zu ersparen, flink über dasselbe hinübervoltigieren. Wenn nur der andere „zusammengebrennt" wird, zur Ehre des Handwerks, unter

Ueberanstrengung der Körperkräfte. Dies sind so einige Blüten und Früchte des so zähe verteidigten und verwünschten „wilden Akkordsystems", von dem die Steinarbeiter nur durch die Macht ihrer Organisation sich befreien können. Von anderer Seite, trotz aller zur Schau getragenen Arbeiterfreundlichkeit und Fürsorge, geschieht es nicht. Daß der Organisationsgedanke immer weitere Kreise erfaßt und somit auch der Indifferentismus durch die Macht der Verhältnisse immer mehr an Boden verliert, ist sichere Gewähr, daß auch die Steinarbeiter in absehbarer Zeit sich bessere Zustände erkämpfen wollen und werden. — Mit welchen infamen Mitteln aber einige „Poliere" die Steinarbeiterorganisation resp. deren Leiter bekämpfen, mögen folgende Beispiele zeigen. Der Gauleiter, der, nebenbei gesagt, auch auf so einem „farbigen" Papier verewigt ist, natürlich zum besseren Fortkommen, hatte vor etwa vier Monaten das „Glück", bei einer Nicht-Innungsfirma, Hänle, Zementgeschäft, Arbeit zu erhalten. Er glaubte vor Verfolgungen dort sicher zu sein. Aber ach, gar bald hatte ihn so ein „Steinhauerpolier" entdeckt. Dessen erste Aufgabe war es nun, ihn bei dem damaligen Geschäftsführer anzuschwärzen. Der sei ja der Gauleiter, der fahre immer draußen herum, um Versammlungen abzuhalten, und verbrauche somit das Geld der andern; auch wolle er nicht gerne arbeiten usw. Sehr gute Empfehlung, nicht wahr? Seine Mühe schien aber vergeblich zu sein, indem man seine Person auch dabei kennen lernte. Einige Zeit darauf spielte ein anderer Steinhauerpolier eine ähnlich traurige Rolle. Auch dieser denunzierte den Gauleiter und auch andere mitbei beim jüngsten Sohn des Hänel. Dies wären Sozialdemokraten. Der Gauleiter bekommt überhaupt bei keinem Meister (gemeint war wohl bei den Innungsmeistern) mehr Arbeit; er solle die nur fortjagen, er — würde andere dafür besorgen. — Erreicht ist es jetzt, was man offensichtlich gewollt. Dem Gauleiter wurde ohne irgendwelche Bemerkung vor drei Wochen bei der Lohnauszahlung die Karte überreicht; der Vorhang fällt.

In den ländlichen Distrikten

gelingt es oft nur nach vieler Mühe und Arbeit eine Zahlstelle ins Leben zu rufen. Durch unermüdliche Agitation aus ihrem Stumpfsinn aufgeweckt, begeistern sich die Kollegen an den Ideen des Verbandes, andere stehen der Organisation noch skeptisch gegenüber, tun aber mit und so entsteht die Zahlstelle. Bei den fortwährenden Reibereien zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gelingt es der Lokalverwaltung höchst selten, zufriedenstellende Resultate zu erzielen, sei es durch Ungeschicklichkeit, sei es, daß die Betreffenden im Bewußtsein ihrer Abhängigkeit nicht die nötige Energie entfalten können, kurzum, die Zwecklosigkeit des Verbandes ist wieder für viele nach ihrer Anschauung erwiesen. Den wenigen zielbewußten, gewerkschaftlich aufgeklärten Kollegen ist es aber nicht immer gegeben, ihre Ueberzeugung zum Ausdruck zu bringen. So kommt es, hier wie dort, langsam aber gewiß, wenn nicht Maßnahmen getroffen werden, daß die Zahlstellen wieder retourgehen. Der Lokalverwaltung, die sicher ihr Möglichstes getan hat, wird nun Unfähigkeit vorgeworfen. Hier tritt am deutlichsten das Fehlen besoldeter Gauleiter zu Tage. Diese könnten im Bewußtsein ihrer Unabhängigkeit in verschiedenen Fällen ein Veto einlegen, über diesen und jenen Punkt mit dem Unternehmer energisch Rücksprache nehmen und jedenfalls mit ganz anderem Erfolge, als die Arbeiter selbst. Diese Tatsache an und für sich schon würde die Wankelmütigen viel eher als alles andere von der Zweckmäßigkeit der Organisation überzeugen. So sehen sie gewissermaßen den Verband hinter sich. Während es dem Gauleiter als populäre Persönlichkeit gelingen würde, die Kollegen über einen eventuellen Mißerfolg hinwegzutrösten, wäre anderseits ein Erfolg desselben von viel höherem agitatorischem Werte, als eine öffentliche Versammlung und andere agitatorische Tätigkeit. In Bruchdistrikten, in deren Mitte ein organisierter Betrieb liegt, sieht man erwartungsvoll auf die Erfolge der organisierten Kollegen: Wenn die was erzielen, treten auch wir dem Verbande bei. Diese Tatsachen sollten doch jeden Kollegen, dem das Gedeihen des Verbandes am Herzen liegt, von der Notwendigkeit besoldeter Gauleiter überzeugen. Die Hauptsache ist doch, daß wir die gegründeten Zahlstellen und die gewonnenen Mitglieder dem Verbande erhalten. Auch ein vierter Beamter genügt nicht, auch der kann nicht überall sein, und Arbeit gibt es überall und in jedem Winkel in Hülle und Fülle. Aber nun die finanzielle Frage. Durch die obligatorische Einführung des Fachblattes ersparen wir 1.40 Mk. Nutzen wir diesen Zeitpunkt, führen wir eine Gausteuer ein, pro Mitglied 25 Pfg. vierteljährlich ergibt eine Einnahme von 8000 Mk. Dafür besolde man Gauleiter. Der Nutzen dieser Steuer wird bald jedem klar werden. Jene aber, denen die neuen Beiträge als neue Opfer erscheinen, wird der obligatorische „Steinarbeiter" bald zu anderer Ueberzeugung bringen. Wie die Tätigkeit der besoldeten Gauleiter den Vorstand, so würde der Erfolg derselben die Verbandskasse in erheblichem Maße entlasten. Während der Verhandlungen der Lokalverwaltungen mit den Unternehmern verschärfen sich die Gegensätze vielfach derart, daß ein Streik unvermeidlich wird. Dem Gauleiter aber wird es in den meisten Fällen gelingen, einen Ausgleich herbeizuführen. Wünschen möchte ich, daß die Zahlstellen diesen Punkt zur Tagesordnung stellen und Stellung dazu nehmen.

Grimma. Hermann Kluge.

Rundschau.

Bei den Baugewerkschulen in Breslau und Görlitz haben kürzlich große Konferenzen stattgefunden, wobei eine in der Ministerialinstanz ins Auge gefaßte generelle Reorganisation der preußischen Baugewerkschulen zur Sprache kam. Man beabsichtigt eine Ausdehnung der Schulzeit auf fünf Jahre und eine Aenderung des Lehrplanes dergestalt, daß auch solche Schüler, die vorzeitig abgehen müssen, nach dreisemestrigem Besuch einer Anstalt ein abgerundetes Wissen mitnehmen. — Der arme Teufel wird von solchen Instituten immer mehr zurückgedrängt.

Als Frechheit wurde auf dem deutschen Handwerkertag es bezeichnet, daß im Reichstage die Sozialdemokraten folgenden Antrag einbrachten: „Ein Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter, der sich mit einem anderen Arbeitgeber verabredet oder vereinigt, um Arbeitern deshalb, weil sie an den im § 152 der Gewerbeordnung gedachten Vereinigungen teilgenommen haben oder an denselben ferner teilnehmen wollen, ihr ferneres Fortkommen oder die Arbeitsgelegenheit zu erschweren, sie nicht in Arbeit zu nehmen, oder sie aus der Arbeit zu entlassen, mit Gefängnis bis zu drei Monaten bedroht wird, sofern nicht nach dem allgemeinen Strafgesetz eine höhere Strafe eintritt, und der Versuch solcher Straftat für straffrei erklärt wird." (Vielfache Zurufe: Frechheit!) — Das schadete aber nichts, daß die Retter des Handwerks Anträge stellten, das Streikpostenstehen sei zu verbieten. § 153 der Gewerbeordnung sei zu verschärfen usw. Wenn es diesen Maulhelden nachginge, dann müßten die ganzen Arbeiterorganisationen vernichtet werden.

Mit einem glänzenden Siege des Bergarbeiter-Verbandes haben die Knappschaftswahlen geendet. Von 310 Sprengeln hat nach den bisher bekannt gewordenen Zahlen der Verband 175 erobert; 145 erhielt der christliche Zechengewerkverein; die „Gemäßigten" bekamen 16, die Polen 5 Sitze. Die christliche Zechenmajorität ist gestürzt; eine große Verbandsmajorität steht fest! Viele „christliche" Führer sind nicht wiedergewählt.

Im Bezirk Oberhausen hat der Bergarbeiter-Verband von 35 Sitzen 25 erobert, im Bezirk Bochum von 49 Sitzen 33, im Bezirk Dortmund von 68 Sitzen 55; in diesen Bezirken hat also der Verband eine Majorität von mehr als zwei Drittel.

Die Wahlbeteiligung war, wie der erbitterte Kampf vorausahnen ließ, eine beispiellos starke. In der Arbeiterschaft, nicht nur unter den Bergleuten, herrscht heller Jubel.

Auf die Werkpresse hat der Ausfall der Wahl geradezu niederschmetternd gewirkt; ein Zechenblatt nennt Brust, den bekannten Leiter des christlichen Zechengewerkvereins, schon den „Organisator der Niederlagen".

Diese Knappschaftswahlen sind das Jena des Zechengewerkvereins, vielleicht gar das Jena des Zentrums unter den Bergleuten!

Die Werksleitungen haben über den Ausfall der Wahl anscheinend den Kopf verloren und beginnen bereits mit Maßregelungen der dem Verband angehörigen neugewählten Knappschafts-Aeltesten. Auf der Zeche Herkules wurde, wie aus Essen gemeldet wird, am Montag der neugewählte Aelteste Wagner, der den Zechenfreund Schäfer verdrängte, gemaßregelt. Die Belegschaft wurde vorstellig und es kann, wenn die Verwaltung nicht nachgibt, jeden Tag zum Ausstand kommen. Die Erregung der Arbeiter ist eine gewaltige.

Der fünfte deutsche Gewerkschaftskongreß wird nach einem Beschlusse des Gewerkschaftsausschusses in der Woche vom 22. Mai 1905 in Köln a. Rh. abgehalten werden.

Ein ungarisches Korrespondenzblatt der Gewerkschaften wird der Gewerkschaftsrat demnächst erscheinen lassen. Das Blatt soll nach dem Muster der in Deutschland und anderwärts erscheinenden Korrespondenzblätter hergestellt werden — leider nur in ungarischer Sprache, wodurch das Blatt für die Deutschen wertlos wird.

Der Heiratsmarkt floriert. Nicht weniger als gleich 3 Heiratsangebote befinden sich in der letzten Nummer des Deutschen Steinbildhauer (Unternehmerorgan). Also, wer Lust hat, in's Ehejoch zu schlüpfen und ein tadelloser Charakter zu sein glaubt, dabei noch etwas Kleingeld besitzt, sende seine Offerte an obiges Blatt, das die weitere Beförderung übernimmt. Moral, wie tief bist du gesunken.

Submissionsresultate.

Straßburg (Els.). Eine niedliche Submissionsblüte ist bei Vergebung des Straßenbaues Kienzheim-Hohkönigsburg emporgewachsen. Es sind 15 Gebote gemacht worden, deren niedrigstes 69 046.75 Mk. und deren höchstes 137 590.52 Mk., also fast das doppelte des ersten beträgt. Der Voranschlag des Kreisbauamts stellt sich auf 88 000 Mk., d. h. 19 000 Mk. mehr als das erste Angebot und 69 000 Mk. weniger als das zweite. Das ist so etwas für die blindwütigen Verfechter des leidigen Submissionswesens!

Flensburg. Eine eigenartige Submissionsblüte hat die Vergebung von Betonarbeiten zur Herstellung des zweiten Bahngleises vom Mühlenteich bis zu dem südlichen Güterschuppen in Flensburg ergeben, eine Arbeit, die vor wenigen Tagen begonnen hat. Wie die K. N. N. mitteilen, variieren die abgegebenen Offerten in der Preisforderung wie folgt: Munier-Gesellschaft Hamburg 23 005 Mk., A. Husen-Flensburg 22 178 Mk., Schwarz-Kiel 21 890 Mk., Trenkhahn u. Sutup-Braunschweig 19 600 Mk., Timpe-Sonderburg 15 200 Mk., Schlüter-Kiel 13 800 Mark, Hecht-Kiel 18 000 Mk., Otzen-Flensburg 10 700 Mk., Peck-Husum, welcher den Zuschlag erhielt, 9943 Mk., Dorn u. Fischer-Flensburg 6756 Mk. Die niedrigste Forderung beträgt somit nur ein Viertel der weitestgehenden Forderung.

Und nun sage man, wer ruiniert den Handwerkerstand?

Gerichtliches.

Die verspätete Aushändigung der Invalidenkarte, des Krankenbuchs usw. nach Beendigung eines Arbeitsverhältnisses führt oft zu Prozessen vor dem Gewerbegericht, bei denen Schadenersatz verlangt wird, weil der Angestellte ohne die „Papiere" keine andere Beschäftigung erhalten konnte. Gelingt der Nachweis des Schadens und eines Verschuldens des Arbeitgebers oder seiner berufenen Vertreter, und sei es auch nur ein fahrlässiges Verschulden, so ist der Anspruch nach der gewerbegerichtlichen Praxis begründet. Einfache Bummelei, gewisse Ungenauigkeiten im Geschäftsbetriebe rechnen auch zu solchen Fahrlässigkeiten. So hatte der Instrumentenfabrikant Berger in Berlin mit einer Lohnentschädigung für mehrere Tage dafür zu büßen, daß er die „Papiere" eines früheren Angestellten an die nicht mehr maßgebende Adresse, die er auf der Invalidenkarte fand, gesandt hatte, so daß der Arbeiter sie erst einige Tage später erhielt. Gewerberichter Dr. Schalhorn rügte bei der Gelegenheit nicht nur die Fahrlässigkeit mancher Unternehmer in bezug auf die Herausgabe der ihnen anvertrauten Bücher und Karten, sondern hob auch hervor, daß die aus einer Stellung austretenden Arbeiter oft unnötige Prozesse verhindern könnten, z. B. dadurch, daß sie beim Austritt auf die alsbaldige Auslieferung der „Papiere" oder schnellste Zusendung beständen und diese durch genaue Angabe ihrer letzten Adresse ermöglichten usw. Diese Mahnung ist durchaus beachtenswert. Denn selbst wenn vor Gericht Schadenersatz erzielt wird, bringt doch der Prozeß Zeitverlust und Unbequemlichkeiten. Anderseits aber besteht auch die Möglichkeit der gerichtlichen Annahme eines eigenen Verschuldens des Arbeiters und damit die Möglichkeit der Abweisung des Anspruchs auf Schadenersatz. Es kommt eben bei solchen Ansprüchen sehr wesentlich auf ein Abwägen der Einzelumstände im gegebenen Falle an.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Posen. Fordere den Steinmetzen Oskar Wirth aus Liegnitz, geb. 18. Februar 1877, auf, seinen Verpflichtungen mir gegenüber nachzukommen.

Georg Eschrich, Vertrauensmann, Blücherstr. 8, H. pt.

Leipzig. Der Kollege Albert Senf aus Naunhof bei Leipzig wird ersucht, seine Adresse hierher gelangen zu lassen. Dies den Vertrauensleuten zur Beachtung. **Paul Starke.**

Stuttgart I. Das Mitglied Karl Wüst ist aus dem Verbande ausgeschlossen.

Augsburg. Das Fremdengeschenk wird bei Kollegen Bernh. Fischer, Katzenstadel F 124o, alle Tage von 7 Uhr abends an ausbezahlt. Vom 1. Oktober ab in seiner neuen Wohnung, Katzenstadel F 137. **J. Fießel**, Vertrauensmann.

IX. Gau Frankfurt. Reiseunterstützung wird ausgezahlt in Marburg.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 12. Sept. bis mit 17. Sept. 1904.

Eberswalde, Beitrag 2.75; Leer, Beitrag 5.—; Konstanz, Beitrag 14.—; Maimarken 4.25, Delegiertensteuer 3.50; Heppenheim, Delegiertensteuer 4.25, Maimarken 0.75; Bittermark, Eintrittsmarken 2.—, Delegiertensteuer 0 25, Maimarken 0.40, Ortsfonds 22.35; Kirchheim, Beitrag 56.—, Eintrittsmarken 2.—, Maimarken 3.—, Hauptbuch 2.50, Stempel 1.50; Ludwigshafen, Beitrag 56.—, Eintrittsmarken 2.—, Ersatzmarken 0.25, Delegiertensteuer 0.75; Demitz-Thumitz, Beitrag 109.20, Eintrittsmarken 4.—, Ersatzmarken 0.50; Delegiertensteuer 0.75, 2. Qu. 15.40; Schmalkalden, Beitrag 28.—; Neundorf II, Eintrittsmarken 25.—; Ottenhöfen, Beitrag 64.—, Eintrittsmarken 15.—, Ersatzmarken 2.50; Strödel, 3. Qu. 1.60; Magdeburg, Maimarken 13.75, Delegiertensteuer 11.25; Tostedt, Beitrag 2.30; Berlin (Gentsch), 3. Qu. 4.20; Aue, Inserat 18.20; Radolfzell, 3. Qu. 1.10; Stendal, Beitrag 2 10; Erbach, Eintrittsmarken 2.50, Beitrag 19.50; Hasserode, Beitrag 64.—; Nordrach, 3. Qu. 1.20; Albendorf, Beitrag 28.—; Mittelsteine, Beitrag 112.—, 3. Qu. 42.—; Hildesheim, Beitrag 28, Delegiertensteuer 5.—; Berlin I, Beitrag 480.—; Eichstädt, Beitrag 1 80; Crimmitschau, Beitrag 4.10; Hannover, Beitrag 96.—, Delegiertensteuer 2 50; Stade, Eintrittsmarken 0.50, Delegiertensteuer 0.25, Beitrag 5.65; Seussen, Beitrag 84; Bubenhausen, Beitrag 3.30; Wünschelburg, Beitrag 112.—; Pirmasens 7.86; Düsseldorf, Eintrittsmarken 9.—, Maimarken 5.—, Delegiertensteuer 5.—; Radolfzell, 3. Qu. 6.40; Halberstadt, Beitrag 64.—, Delegiertensteuer 1.75; Nürnberg, Beitrag 128,—, Eintrittsmarken 17.50, Ersatzmarken 6.25, Maimarken 13.—, Delegiertensteuer 20; Springe, 3. Qu. 6.—, Beitrag 56.—, Eintrittsmarken 8.50, Platzbuch 1.—; Andlau, Beitrag 4.50; Rudolstadt, 4. Qu. 1.80; Göppingen, Eintrittsmarken 16.50; Löbau, Beitrag 128.—, Eintrittsmarken 0.50; Calbe, Beitrag 1.—; Schandau, Beitrag 5.—; Offenburg, Beitrag 28.—, Eintrittsmarken 12.50.

Felix Lange, Kassierer.

Quittung

über die von Deutschland beim Internationalen Sekretariat in Zürich eingegangenen Gelder für die ausgesperrten Kollegen in Schweden. (Vom 8. bis 16. September.)

Brucha	36.25	Frank
Treuen	12 32	„
Straßburg	48.50	„
Potsdam	24.62	„
Düsseldorf	31.30	„
Alt-Warthau, 6. Rate	6.04	„
Breslau, 9. Rate	19.69	„
Augsburg	24.08	„

Zürich, 17. Sept. 1904. **Internationales Sekretariat.**
Rob Kolbe.

Briefkasten.

K., Schwarzenbach. Konnte leider nicht anwesend sein. Hast wohl den Steinarbeiter nicht gelesen.

Sch., Nürnberg. Wird nicht eingerückt.

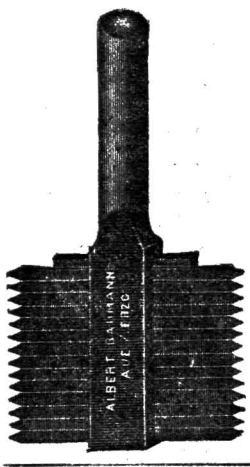
Beucha, D. Hoffentlich hast Du Aufschub erhalten.

St. Könnte besser sein.

Z. in K.I. Mußte wiederholt zurückgestellt werden.

Kollegen! Agitiert für Eure Organisation!

Anzeigen.



Albert Baumann
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende
gratis.

Todes-Anzeigen.

Nachruf.

Am 5. September entschlief nach langem schwerem Leiden unser braver Freund und Kollege, der Steinmetz

Richard Kohoutek

im Alter von 24 Jahren, 8 Monaten an der Berufskrankheit.

Ein bleibendes Andenken bewahren ihm

Die organisierten Steinarbeiter von Breslau.

Nach längerem Leiden starb hier der Steinhauer

Hermann Storz

an der Berufskrankheit im Alter von 32 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die organisierten Steinarbeiter von Konstanz.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Starke, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.